



„The Future of Democracy?“

1st Annual Interdisciplinary WZB Conference

120 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, mehr als 70 Präsentationen, 3 Keynotes und 2 Paneldiskussionen im Plenum: Die Dimensionen waren groß, und ebenso groß war die zentrale Frage, die der Ersten Interdisziplinären WZB-Jahreskonferenz zugrunde lag: Welche Zukunft hat die Demokratie? Die Konferenz, angeregt von WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln und von ihr gemeinsam mit den Abteilungsdirektoren Daniel Ziblatt und Michael Zürn geplant, stand ganz in der Tradition der problemorientierten Grundlagenforschung. Es ging nicht nur um eine Analyse des Zustands heutiger Demokratien, sondern immer auch um die Suche nach Handlungsmöglichkeiten. Wie lassen sich Demokratien stärken? Welche Hebel können genutzt werden, um ihre Widerstandskraft zu erhöhen und langfristig Stabilität zu gewährleisten?

*Eindrücke, gesammelt von
Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Ziblatt, Michael Zürn,
Katinka von Kovatsits und Gabriele Kammerer*

Kämpferischer Optimismus

Beto O'Rourke und Anna Lührmann im transatlantischen Gespräch

Draußen strahlte das Brandenburger Tor unter den Scheinwerfern des Festival of Lights. Und drinnen ging es ums Ganze. Beto O'Rourke, führender Politiker der US-Demokraten, diskutierte mit Anna Lührmann, ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, über die gegenwärtigen Bedrohungen der Demokratie. Ein Rückblick auf die Eröffnungsveranstaltung zur Ersten Interdisziplinären Jahreskonferenz des WZB in der Akademie der Künste.

Anna Lührmann, Anna Sauerbrey und Beto O'Rourke auf dem Podium in der Akademie der Künste



Nicht nur in der Gegenwart sind die Parallelen zwischen Europa und den USA deutlich erkennbar: das Erstarken autoritärer Bewegungen, die Aushöhlung demokratischer Institutionen, der Bedeutungsverlust von Vernunft und Wissenschaft. Beto O'Rourke zeigte sich tief beeindruckt von der nahegelegenen Ausstellung „Topographie des Terrors“, die er mit seiner Frau besucht hatte. In seinem persönlichen Blog schreibt er darüber: „Es ist eine Sache, aufkommenden Faschismus und Autoritarismus und den drohenden Zusammenbruch unserer konstitutionellen Republik zu beobachten, während wir in Texas dagegen arbeiten. Es ist eine ganz andere Sache, darüber nachzudenken, während man durch eine Stadt läuft, die genau dies erlebt hat und verzweifelt versucht, diese Geschichte zu erzählen.“



Am Abend skizzierte O'Rourke die besorgniserregende Lage der Demokratie in den USA – und sparte nicht mit Kritik an der eigenen Partei: Es sei beispielsweise nicht gelungen, die eindeutigen Erfolge der Biden-Regierung in Sa-

chen Klima und Infrastruktur klar zu kommunizieren. Heute fehle es an Führung in der demokratischen Partei. Die im Jahr 2026 anstehenden Kongresswahlen sieht er aber als große Chance, Donald Trump zu stoppen.

Im Blick auf die Lage in Deutschland äußerte sich Anna Lührmann ebenfalls besorgt. Sie hob das rasante Voranschreiten des autoritären Populismus hervor, betonte aber auch die große Zahl engagierter Menschen und die vielfältigen Formen



Sie haben die Konferenz organisiert: Daniel Ziblatt, Michael Zürn und Nicola Fuchs-Schündeln



von links: Daniel Ziblat, Amy O'Rourke, Beto O'Rourke, Anna Lührmann, Martin Sonnenschein (Verein der Freunde des WZB), Nicola Fuchs-Schündeln, Michael Zürn, Anna Sauerbrey, Robert Benson (Center for American Progress)

des Widerstands, die Hoffnung geben. Die Grünen-Politikerin sprach sich für ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD aus, um der Partei öffentliche Gelder und institutionelle Privilegien zu entziehen.

Die beiden Stimmen des Dialogs, der von Moderatorin Anna Sauerbrey („Die ZEIT“) professionell moderiert wurde, einte nicht nur der nüchterne Blick auf die Situation. Der Abend war geprägt von kämpferischem Optimismus. „Wie viele Generationen haben die Chance, ihr

Land zu retten?“, fragte Beto O'Rourke. Und einhellig war auch der Aufruf zu besserer Kooperation über den Atlantik hinweg. Nur durch stärkere Allianzen progressiver Kräfte könne den autoritären Tendenzen entschieden entgegengetreten werden.

Bereits am Morgen hatten Forschende des WZB die Gelegenheit, mit Beto O'Rourke und seiner Frau sowie Robert Benson vom Center for American Progress ins Gespräch zu kommen. Mit großer Neugier diskutierten die amerikanischen Gäste die aktuellen Befunde der hiesigen Forschenden: Es ging um die Bedeutung von Geschichte und Erinnerung für politisches Handeln in der Gegenwart, um die Normalisierung der extremen Rechten durch die Medien, Erhalt und Zerfall der vielbeschworenen „Brandmauer“, Erfolgsfaktoren progressiver Protestbewegungen, die Notwendigkeit klarer politischer Kommunikation und die wirtschaftlichen Folgen demokratischer Rückschritte. Auch die Rolle öffentlicher Dienstleistungen als Fundament einer demokratischen Kultur wurde eingehend erörtert.



von links: Robert Benson, Daniel Ziblat, Vanessa Boese-Schlosser, Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Saldivia Gonzatti, Amy O'Rourke, Beto O'Rourke, Berenike Firestone, Christian Rauh, Michael Zürn, Teresa Völker, Ana Helena Palermo Kuss

„The Future of Democracy?“

Highlights der Ersten Interdisziplinären Jahreskonferenz am WZB

Das Fragezeichen im Konferenztitel rief auch pessimistische Deutungen auf den Plan. Steht etwa in Frage, dass Demokratie als gesellschaftliche Organisationsform eine Zukunft hat? Im besseren Fall wurde das Fragezeichen als Signal der Offenheit gelesen: Welche Zukunft hat die Demokratie? Und als Aufruf zur Suche: Wie lassen sich Demokratien stärken?

Eine Antwort auf diese Frage könnte im Bereich der öffentlichen Infrastruktur liegen. Das legte jedenfalls die einführende Keynote von Catherine E. De Vries, Politikwissenschaftlerin an der Bocconi University (Mailand), nahe. Sie stellte die Frage, ob wir uns in einem Teufelskreis befinden: Bedingen sich nicht der Entzug öffentlicher Dienstleistungen und die politische Destabilisierung durch Kräfte außerhalb des politischen Mainstreams gegenseitig? Wird öffentliche Infrastruktur vernachlässigt, stärkt das populistische Kräfte, was wiederum die Finanzierung öffentlicher Investitionen verteuert, da die Märkte unruhig werden. In ihrem Vortrag, der persönliche und wissenschaftliche Elemente vereinte, zeigte sie, wie populistische Bewegungen in Europa wachsen: Die unzureichende Versorgung mit Leistungen der öffentlichen Hand verstärke bei vielen Menschen das Gefühl von Benachteiligung – besonders dann, wenn rechte Parteien „Einheimische, denen der Service zusteht“, ausspielen gegen „Migranten, die diesen nicht verdienen“.

Rechtspopulistische Parteien verknüpfen die Angst vor Versorgungslücken oder persönliche Erfahrungen des Mangels mit Kritik an Einwan-

derung. Sie schüren damit Anti-Eliten-Gefühle und sprechen tief verwurzelte Vorurteile an. Die Angst, dass der Kuchen nicht für alle reicht, vertieft die gesellschaftliche Spaltung. Die etablierten Parteien können nur schwer dagegen vorgehen: Investitionen in öffentliche Dienstleistungen verbessern die Daseinsfürsorge erst mit der Zeit, führen also nicht zu schnellen Erfolgen und somit zu Wählerstimmen. Das Fazit von Catherine E. De Vries ist klar: Die angemessene Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen ist nicht nur aus sozialer und ökonomischer Perspektive





von links:
Paul Pierson,
Chloe Thurston,
Jacob S. Hacker,
Daniel Benjamin

wichtig, sie entfaltet vielmehr eine entscheidende politische Wirkung. Eine gute lokale Daseinsvorsorge und ein handlungsfähiger Staat tragen maßgeblich zur Stabilität demokratischer Systeme bei und helfen, populistische Bewegungen einzudämmen. Das alles wird einfacher, wenn der Kuchen wächst.

Ein „sea change“ – ein grundlegender Wandel – habe das politische Leben in den USA erschüttert, betonte Jacob S. Hacker, Politikprofessor an der Yale University. Nichts sei mehr wie zuvor. Diese Dramatik prägte das gesamte Panel, in dem drei Politikwissenschaftler*innen aus den USA versuchten, die aktuellen politischen Entwicklungen ihrer Heimat zu erfassen und mögliche Zukunftsszenarien zu skizzieren.

Moderator Daniel Benjamin, Präsident der American Academy in Berlin, fragte seine Landsleute: „Was beunruhigt Sie am meisten?“ Chloe Thurston vom Institute for Policy Research an der Northwestern University nannte Einsätze von Militär in amerikanischen Städten als eine der größten Sorgen. Diese Einsätze können auch friedliche Proteste gefährlich machen, was den zivilgesellschaftlichen Widerstand erschwert. Jacob S. Hacker sprach vom „weaponized state“ und kritisierte das weitgehende Fehlen kollektiver Gegenwehr gegen die Erosion demokratischer Strukturen (der Protest von 7 Millionen Menschen gegen „King Trump“ ereignete sich erst ein paar Tage später). Paul Pierson, Professor für Politikwissenschaft an der University of California, Berkeley, konstatierte einen „totalen Kollaps des formalen Schutzes von Institutionen“, das Ende der „checks and balances“, die das politische System traditionell stabilisieren. Die Folgen sind gefährlich. Donald Trumps Beispiel zeigt, wie

schnell demokratische Institutionen umgebaut werden können, wenn populistische Kräfte an die Macht gelangen. Und der Rückbau ist schwierig. Die MAGA-Bewegung ist längst nicht mehr besonders populär, aber sie ist besonders mächtig.

Einen optimistischeren Ton schlug Christopher Andrew Bail, Professor für Soziologie, Computer- und Politikwissenschaften an der Duke University, in seiner Keynote an. Während sich die sozialwissenschaftliche Forschung häufig auf die Risiken und Herausforderungen neuer Technologien – insbesondere der Künstlichen Intelligenz – konzentriert, plädierte er dafür, auch positive Nutzungsmöglichkeiten verstärkt zu erforschen. In den USA werden zum Beispiel immer mehr Menschen aufgrund ihrer politischen Überzeugungen im digitalen Raum belästigt. Als Beispiel für ein Trigger-Thema nannte Bail das Recht auf Waffenbesitz. Zugleich nimmt der persönliche Austausch an gemeinsamen Orten – in Sportvereinen, Gewerkschaften oder Nachbarschaftstreffs – ab. Lässt sich dieser Austausch auch online herstellen? Können wir neue Technologien positiv nutzen, indem wir etwa durch Interventionen in Chats das Abdriften in toxische Kommunikation verhindern?

Das interdisziplinäre „Polarization Lab“ unter der Leitung von Bail führte innovative Experimente mit Künstlicher Intelligenz durch. Dabei zeigte sich: Die Technologie kann genutzt wer-



Christopher Andrew Bail

den, um Online-Dialoge auch zu kritischen Themen höflicher zu gestalten; das Verständnis für die Position der anderen Seite wächst. Dies ist nicht nur im Labor der Fall, sondern auch im Feld: Ein Beispiel ist ein Experiment auf der Plattform „Nextdoor“ – in Deutschland vergleichbar mit „nebenan.de“ –, bei dem eine sogenannte kindness intervention den Nutzenden alternative Formulierungen vorschlug. Diese waren bei gleichbleibendem Inhalt höflicher und wertschätzender als die ursprünglichen Beiträge. Viele Nutzer der Plattform nahmen die Vorschläge an, und Verstöße gegen die Plattformregeln sanken um 15 Prozent. Zwischenmenschlicher Stress im digitalen Miteinander lässt sich also sehr wohl reduzieren. In der angeregten Diskussion wurde auch kritisch auf Machtstrukturen und die Möglichkeit der Manipulation hingewiesen. Klar ist aber, dass sich die Sozialwissenschaften der Erforschung neuer Technologien nicht verschließen dürfen. Denn einen Weg zurück wird es nicht geben.

„Alle glücklichen Familien gleichen einander, jede unglückliche Familie ist auf ihre Art unglücklich.“ Das bekannte Tolstoi-Zitat wandte Timothy Besley, Professor für Wirtschaft und Politikwissenschaften an der London School of Economics, auf Staaten an: Wenig funktionsfähige Staaten unterscheiden sich stärker voneinander als die prosperierenden. In seiner Keynote teilte er Staaten in drei Gruppen ein: Gemeinwohlstaaten, „Special-Interest-Staaten“ und schwache Staaten. In Gemeinwohlstaaten hat ein handlungsfähiger Staat die Interessen aller im Auge. Bei Special-Interest-Staaten leidet die Handlungsfähigkeit, Partikularinteressen setzen sich durch. In der dritten Gruppe ist der Staat kaum handlungsfähig, Konflikte nehmen überhand. Durch die zunehmende Polarisierung und ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakrise oder Globalisierung wird die staatliche Handlungsfähigkeit weltweit herausgefordert. Dabei zeigen sich zwei klare Muster. Das Vertrauen in den Staat und die Unterstützung der Demokratie hängen zentral vom Wirtschaftswachstum ab. Und: Jüngere Generationen vertrauen dem Staat weniger als ältere. Beschränkungen der Exekutive sind wichtig für funktionierende Demokratien und auch für das wirtschaftliche und gesellschaftliche Wohlergehen: Staaten mit schlecht funktionierenden politischen Kontrollmechanismen verzeichnen ein geringeres Wachstum, eine niedrigere Lebenserwartung und mehr politische und militärische Konflikte.



Timothy Besley

Der Zusammenhang zwischen politischer Stabilität und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist komplex: Demokratie und Wachstum können sich gegenseitig befördern, aber auch hemmen.

30 Prozent. Diese Zahl verdeutlicht die zentrale Herausforderung, vor der demokratische Gesellschaften stehen. In vielen Ländern weltweit liegt das Wahlergebnis populistischer Parteien inzwischen auf diesem Level. Ein Drittel der Menschen ist also tief unzufrieden mit dem Funktionieren repräsentativer Demokratien. Wie lässt sich dem entgegenwirken? Im Abschlusspanel trugen Pratap Bhanu Mehta, indisch-amerikanischer Politikwissenschaftler und Public Intellectual von der Princeton University, und das Gastgeber-Trio Nicola Fuchs-Schündeln, Daniel Ziblatt und Michael Zürn die zentralen Erkenntnisse der Konferenz zusammen:

Der Staat muss öffentliche Güter bereitstellen. Er muss von den Bürgerinnen und Bürgern als zugänglich und handlungsfähig wahrgenommen werden, um ihre Unterstützung zu finden. Staatliche Leistungsfähigkeit bleibt somit ein zentraler Faktor für die Stabilität und Akzeptanz demokratischer Ordnung.

Viele Konferenzvorträge befassten sich mit dem Thema der Kommunikation. Extreme politische Standpunkte lassen sich in den sozialen Medien leichter verbreiten als differenzierte politische Aussagen. Die etablierten Parteien müssen mehr Wert auf eine effektive Kommunikation legen – und eben nicht nur in den traditionellen Medien. Autoritär-populistische Parteien zeigen, wie es geht: Sie investieren



enorme Anstrengungen in ihren Auftritt in sozialen Medien, um dort gezielt Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Dialog und Verständigung zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen bleiben essenziell. Allerdings ist ein solcher Dialog in digitalisierten Gesellschaften wesentlich schwieriger zu führen. Öffentliche Orte und auch die Bildungspolitik können dabei eine zentrale Rolle spielen. Ein offener Dialog über trennende Ideologien hinweg ist unverzichtbar, um der Polarisierung entgegenzuwirken. Die Frage bleibt, wie dieser Dialog gelingen kann.

Einigkeit herrschte darüber, dass traditionelle Kontrollmechanismen und „checks and balances“ heute nicht mehr so wirksam funktionieren wie in der Vergangenheit. Es bedarf innovativer Ansätze, um das politische System gegen neue Herausforderungen zu wappnen.

Dabei müssen die liberalen Demokratien vorausschauend handeln und ihre Widerstandsfähigkeit verbessern.

Stehen wir vor einer globalen Krise der Governance? Sowohl Demokratien als auch autoritäre Regime zeigen Schwächen und Verfallserscheinungen. Demokratien leiden unter stagnierendem Wachstum, Umverteilungskonflikten und wachsendem Nationalismus, und auch autoritäre Systeme sind mit der Sicherung ihrer Macht beschäftigt. Anders als frühere Krisen, die oft externe Ursachen hatten, sind die Herausforderungen heute tief in der Logik nationalen Regierens verfangen. Dies legt nahe, dass das Problem nicht nur in der Regierungsform, sondern auch auf der Regierungsebene zu suchen ist. Die globale Governance-Krise wird sicherlich auch auf der WZB-Jahreskonferenz 2026 ein Thema sein. ●

Fotos S. 30-32: © WZB/Bernhard Ludewig; S. 32 (unten)-36 © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

2. Interdisziplinäre WZB-Jahreskonferenz 2026: „Internationale Ordnungen“

Mit dem Amtsantritt von Nicola Fuchs-Schündeln als WZB-Präsidentin hat eine neue Tradition ihren Anfang genommen: Interdisziplinäre Jahreskonferenzen widmen sich den großen Themen unserer Zeit. Der Austausch zwischen verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen soll gestärkt werden – mit einem Format, das in den Sozialwissenschaf-

ten bislang noch selten ist. Die Veranstaltung findet künftig jedes Jahr im Oktober statt. Die nächste Konferenz zum Thema „Challenges to International Orders: Causes and Consequences“ ist für den 7. bis 9. Oktober 2026 geplant und wird von Nicola Fuchs-Schündeln gemeinsam mit Steffen Huck, Yasemin Soysal und Michael Zürn organisiert.

©/i Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>